

## Einleitung: Das Politische denken

---

ULRICH BRÖCKLING/ROBERT FEUSTEL

Im Titel dieses Bandes ist das »Politische« groß und »denken« klein geschrieben. Die orthographische Ungleichbehandlung signalisiert keine Gewichtung, etwa im Sinne eines Vorrangs der Entscheidung vor der Reflexion, eines Realismus der Macht vor den Glasperlenspielen der Theorie. »Das Politische« als Substantiv (im Unterschied zum qualifizierenden Adjektiv »politisch«) benennt vielmehr den gemeinsamen Fokus der hier versammelten Überlegungen. Die Verbform »denken« wiederum betont (im Unterschied zum substantivierten »Denken«) die Tätigkeit statt das Ergebnis und verweist auf ihren unabgeschlossenen und auf ihre Unabschließbarkeit geradezu pochenden Charakter. Hier ist kein Kanon politischen Denkens zusammengestellt, sondern ein Tableau disparater Anstrengungen, das Politische zu denken. Die Aufsätze dieses Bandes beschäftigen sich weder mit der politischen Dimension jeder Theorie, ihrer untilgbaren Perspektivität und Machtverwobenheit, noch mit den kurrenten Lehrmeinungen und Glaubenssätzen, wie und welche Politik man »machen« sollte. Sie setzen vielmehr bei jener Frage an, die politische Protagonisten und Vertreter der Politikwissenschaft in der Regel ausklammern, weil sie die Antwort immer schon zu wissen glauben, bei der Frage, was denn das Politische ist. Dass dies selbst eine eminent politische Frage darstellt, ist ein Ausgangspunkt der folgenden Beiträge. Ob diese das Politische emphatisch anrufen, ob sie es nicht minder emphatisch in seine Schranken verweisen oder ob sie seine Fixierung in immer neuen dekonstruktiven Wendungen unterlaufen: Um politische Interventionen handelt es sich allemal.

Der Untertitel kündigt »zeitgenössische Positionen« an. Positionen sind räumliche Koordinaten, die eine Ortung und Orientierung ermöglichen; Position bezeichnet aber auch den Standpunkt, den jemand be-

zieht, die Überzeugung, die er vertritt; und schließlich steht es für Stellung, was gleichermaßen an Status und Ämterhierarchien, an militärische Befestigungen und an erotische Körperanordnungen denken lässt. Eindeutig zurechenbar, in einem radikalen Sinne perspektivisch, umkämpft und zugleich libidinös besetzt sind auch die hier versammelten Positionen. Im Vordergrund steht aber ihre navigatorische Funktion: Sie liefern Vergewisserungen, wo man sich gerade befindet, um dann weiterzugehen.

Die Positionen verbinden sich mit konkreten Namen: Die Beiträge porträtieren die Denkbewegungen von Autoren und mit Chantal Mouffe auch einer Autorin, für deren Arbeiten die Frage nach dem Politischen zentral oder deren Arbeiten umgekehrt für die Frage nach dem Politischen zentral sind. Nicht für alle bildet die Unterscheidung zwischen der Politik und dem Politischen (bzw. die damit verwandte, aber keineswegs identische zwischen »la politique« und »le politique« – die meisten der Porträtierten haben ihre Arbeiten in französischer Sprache verfasst) einen expliziten Bezugspunkt. Einige verzichten ganz auf *den Begriff* des Politischen, aber allen geht es um mehr und anderes als um Haupt- und Staatsaktionen, Verfassungsnormen und Gemeinschaftsappelle. So signifikant die Differenzen zwischen den im Folgenden diskutierten Positionen sind, so unverkennbar ist doch auch der gemeinsame Horizont: Die hier vorgestellten Autoren teilen ein Verständnis des Politischen, das auf die unhintergehbaren Momente des Dissenses und Widerstreits, des Ereignisses, der Unterbrechung und Instituierung abhebt. In die Ressortaufteilungen akademischer Disziplinen und die vertrauten Register wissenschaftlicher Publikationen lassen sich ihre Arbeiten schwerlich einsortieren. Das Hauptgewicht liegt sicher bei einer philosophischen Reflexion des Politischen, aber die vorgestellten Autoren artikulieren ihre Überlegungen ebenso in politischen Manifesten, literarischen Werken und publizistischen Interventionen. Kriterien ihrer Zeitgenossenschaft sind weder die Lebensdaten – nicht wenige der Porträtierten sind bereits verstorben – noch die Resonanz, die sie im aktuellen politischen Diskurs erfahren. Maßgeblich ist vielmehr, ob ihre Denkbewegungen im doppelten Sinne »an der Zeit« sind: der Aktualität verpflichtet und dringend vonnöten. Zeitgenössisch sind sie, weil sie auf drängende (und oft genug verdrängte) Fragen der Gegenwart antworten und die allzu vertrauten, weil allgegenwärtigen Antworten in Frage stellen.

Lesen lassen sich die folgenden Beiträge gleichermaßen als Einführungen wie als kritische Anschlussversuche. Manche geben einen Überblick über das Œuvre der porträtierten Autoren und zeigen Zusammenhänge zwischen ihrem Nachdenken über das Politische und ihrem politischem Engagement auf. Andere greifen ein Motiv auf oder schreiben

einzelne Denkfiguren fort. Die Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit oder Repräsentativität; das verbindet sie mit dem anti- oder zumindest asystematischen Anspruch der meisten hier diskutierten Autoren und ihrer Kritik am Prinzip der Repräsentation. Die Kontingenzen der Auswahl sind nicht zuletzt dem begrenzten Seitenumfang einer Buchpublikation geschuldet. Zweifellos fehlen wichtige Stimmen: Giorgio Agamben, Judith Butler, Roberto Esposito, Michel Foucault, Philippe Lacoue-Labarthe, Pierre Legendre, Jean-François Lyotard, Michel Serres, Gayatri Chakravorty Spivak, Paolo Virno, Slavoj Žižek, um nur einige anzuführen. Auch jenseits dieser Leerstellen beantwortet der vorliegende Band die Frage nach dem Politischen keinesfalls erschöpfend, und das ist durchaus programmatisch zu verstehen. Das Politische, wie es hier verhandelt wird, zeigt sich gerade darin, die Frage danach offen zu halten. Die vorgestellten Positionen sind insofern kritisch: Sie insistieren darauf, dass die definitorischen wie praktischen Schließungen des Politischen nicht das letzte Wort sein können.

Eine Einleitung in eine solche Zusammenstellung kann keine Synthese liefern, aber sie sollte eine Karte zeichnen und die unterschiedlichen Positionen zueinander in Beziehung setzen. Die in den Beiträgen nachgezeichneten Bewegungen des Öffnens und Offenhaltens lassen sich danach gruppieren, von welchen traditionellen Bestimmungen des Politischen sie sich jeweils absetzen. Sichtet man die einschlägigen Definitionen der politischen Philosophie und Politikwissenschaft, so lassen sich vier Dimensionen unterscheiden, die sich allerdings vielfach überlagern. Kaum eine Bestimmung des Politischen bezieht sich nur auf eine einzige Dimension.

Das Politische bezeichnet *erstens* eine spezifische Sphäre des Sozialen und wird in dieser Bedeutung meist synonym zum Begriff der Politik verwendet. Das Politische und das Staatliche rücken dabei in der Regel dicht zusammen; politisch ist das, was sich auf den Staat bezieht, was staatliche Instanzen tun oder was auf diese Einfluss zu nehmen sucht. Das Verhältnis zwischen der politischen Sphäre und den anderen Sphären wird dabei horizontal als Nebeneinander oder vertikal als Über- bzw. Unterordnung, als vermittelte Stufung oder aber als imperialistische Expansion verstanden: Entweder wird das Politische, etwa im Sinne der Weberschen Ausdifferenzierung von Wertsphären, auf einen Bereich begrenzt, oder es wird, wie in der marxistischen Orthodoxie, als von der ökonomischen Basis determinierter Überbau gefasst; es erscheint hegelianisch als »Standpunkt der höchsten konkreten Allgemeinheit« (Hegel 1821/1970: 474), in dem die Widersprüche von Familie und bürgerlicher Gesellschaft im Staat aufgehoben sind. Oder das Politische wird, wie bei Carl Schmitt, zum »Gebiet aller Gebiete« (Göbel 1999, vgl. Nassehi

2003: 136), totalisiert – eine Vorstellung, die nicht unbedingt staatszentriert sein muss und noch in der Parole nachhallt, auch das Private sei politisch. Zu diesen gleichsam territorialen Bestimmungen des Politischen gehört auch die traditionelle politische »Formenlehre«, die Beschreibung der verschiedenen Staatsformen, ihrer Zusammenschlüsse und Beziehungen (Sternberger 1980: 300) oder, zeitgemäßer gesprochen, die Analyse und der Vergleich politischer Systeme.

Die Rede vom Politischen bezieht sich *zweitens* auf spezifische Modalitäten menschlichen Handelns beziehungsweise menschlicher Kommunikation, auf jene Handlungs- oder Kommunikationsmodi, welche die Sphäre der Politik kennzeichnen oder kennzeichnen sollten. Hierunter fallen so gegensätzliche Bestimmungen wie Schmitts »Unterscheidung von Freund und Feind«, die »den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung« zum Kriterium des Politischen erhebt (Schmitt 1963: 26f.), oder Hannah Arendts Identifizierung des Politischen mit jenen Formen des Zusammenseins, »in denen man sich untereinander bespricht, um dann in Übereinstimmung miteinander zu handeln« (Arendt 1981: 149). Gegenbegriffe zum Politischen in dieser Bedeutung sind bei Schmitt das Ökonomische, das Ästhetische oder das Moralische mit ihren Leitdifferenzen nützlich – schädlich, schön – hässlich, gut – böse oder in Arendts Trias des Handelns die Tätigkeitsmodi der Arbeit und des Herstellens. Auch Niklas Luhmanns differenzierungstheoretische Definition, die dem politischen System die Funktion zuschreibt, die »Kapazität zu kollektiv bindenden Entscheidungen« (Luhmann 2000: 84) bereitzuhalten, ist trotz der zunächst räumliche Assoziationen weckenden Rede vom politischen System und Luhmanns Privilegierung staatlicher Organisationsarrangements hier zuzuordnen, stellt sie doch auf ein spezifisches Kommunikationsmedium (Macht) und spezifische Codes (Regierende/Regierte, Regierung/Opposition) ab.

Eng verbunden mit diesen handlungs- und kommunikationstheoretischen Bestimmungen sind *drittens* jene, die das Politische von seiner zeitlichen Dimension her zu fassen versuchen. Auch hier finden sich gegensätzliche Theorien – und Theologien: Max Webers berühmtes Diktum, Politik bedeute »ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich« (Weber 1919/1988: 560), betont den Aspekt der Kontinuität. Eschatologische Positionen denken dagegen vom Kairos her und erkennen wie Walter Benjamin das politische Moment gerade im revolutionären »Aufsprengen des Kontinuums der Geschichte« (Benjamin 1939/1977: 260). Oder aber sie rücken wie Carl Schmitt die Figur des Katechon in den Mittelpunkt, jenes Aufhalters, der die Herrschaft des Antichrist und damit das Chaos wenn nicht verhindert, so doch aufschiebt.

*Viertens* schließlich eignet dem Begriff des Politischen eine – positiv oder negativ konnotierte – normative Dimension. Das Politische erscheint als Garant oder als Gegensatz moralischer Orientierungen. Es steht für Ansprüche, die entweder Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit, Frieden usw. gewährleisten sollen; oder diese Werte sollen gerade gegen das Politische (bzw. die Politik) erkämpft werden. Die normative Seite ist immer dann angesprochen, wenn der »Sinn von Politik« (vgl. Arendt 2003: 35ff.) zur Diskussion steht und die Härten politischer Entscheidungen gerechtfertigt oder umgekehrt politische Gewalt, Herrschaft und Zwang delegitimiert werden sollen. Selbst Bestimmungen, die einen rein deskriptiven Begriff des Politischen zu entfalten beanspruchen, werden die normative Imprägnierung nicht los. Auch der Verzicht auf moralische Maßstäbe ist eine moralische Entscheidung.

Wie situieren sich die im vorliegenden Band vorgestellten Positionen zu diesen vier Dimensionen des Politischen?

Am eindeutigsten ist die Absetzung von den territorialen Bestimmungen, die das Politische mit staatlichen Institutionen zusammenfallen lassen. So betont *Oliver Marchart* in seinem Beitrag über Claude Lefort das generative Moment des Politischen. Politisch sind für Lefort nicht die Formen, sondern das Prinzip der Formgebung des Sozialen – Institution als Vorgang, nicht als fixierte Struktur. Leforts vielzitiertes Diktum, der Ort der Macht in der Demokratie sei leer, verweist das Politische nicht auf einen paradoxen Nichtort, sondern ist ein Einspruch gegen jeden Versuch seiner Usurpation. Der Ort der Macht ist leer, nicht weil die Macht verschwunden wäre, sondern weil niemand sie legitimerweise für sich beanspruchen kann.

*Martin Nonhoff* zeigt im Hinblick auf die Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, dass Institutionen die grundlegende Konflikthaftigkeit des Politischen, die konstitutiven Antagonismen des Sozialen allenfalls vorübergehend still stellen, hegemoniale Kämpfe aber nicht dauerhaft unterbinden können. In ähnlicher Weise entfaltet Etienne Balibar, wie *Robin Celikates* herausarbeitet, seinen radikaldemokratischen Begriff des Politischen entlang der Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht, die sich nicht zu einer Seite hin auflösen lässt und die Bürgerinnen und Bürger gleichzeitig zu Staatssubjekten wie zu möglichen revolutionären Subjekten gegen den Staat macht.

Cornelius Castoriadis, dessen Denken *Robert Seyfert* vorstellt, rückt das instituierende Moment vollends ins Zentrum; die schöpferisch-entwerfende Macht des Imaginären erhält Vorrang gegenüber der »expliziten Macht« der Institutionen. Das Politische zeigt sich in jenen Augenblicken, »in denen die instituierende Gesellschaft in die instituierte einbricht, in denen sich die Gesellschaft als instituierte mit Hilfe der Gesell-

schaft als instituierender selbst zerstört, das heißt sich selbst als eine andere Gesellschaft schöpft« (Castoriadis 1990: 342f.).

Auch der Begriff des »Demokratisch-Werdens«, von dem her *Paul Patton* die politische Philosophie Gilles Deleuzes und Félix Guattaris rekonstruiert, die »notwendige Offenheit und Unbestimmtheit«, die *Susanne Lüdemann* an Jacques Derridas »Politiken der Freundschaft« hervorhebt, oder *Thomas Bedorfs* Versuch, gerade in der Bodenlosigkeit und strikten Relationalität von Jean-Luc Nancys »Philosophie des pluralen Weltsinns« ihr politisches Moment auszumachen, verweisen auf ein deterritorialisertes Verständnis des Politischen. Dieses Denken in Bewegung trägt der Kontingenz gesellschaftlicher Ordnungsentwürfe Rechnung und muss ohne gesichertes Fundament auskommen.

Augenfällig wird die Kontingenz politischer Institutionen, wenn man das »Gründungstheater« in den Blick nimmt, jene Ursprungsszenen von Staatlichkeit, welche die verstörende Grundlosigkeit und Gewalt des instituierenden Augenblicks dramaturgisch zugleich darstellen und bannen sollen. In diesem Sinne deutet *Friedrich Balke* Pierre Klossowskis literarische und künstlerische Auseinandersetzung mit Livius' Lucretia-Geschichte. Ausgehend davon skizziert er eine Medientheorie des Politischen, die auf das Umarrangieren von menschlichen Körpern und Dingen abstellt: das Politische als Dislokation.

Wenn kein vorgegebener Ort des Politischen existiert, wenn es weder eigenständige Wertsphäre noch bloßer Überbau, weder staatlich vermittelte Allgemeinheit noch totalisiertes Ordnungsprinzip ist, dann verschiebt sich die Frage nach dem Politischen hin zu jener Frage, welche Bereiche des Sozialen politisiert und welche entpolitisiert werden. Das bezieht sich nicht nur darauf, was zum Gegenstand politischer Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse wird, sondern auch darauf, wer oder was als politisches Subjekt einzubeziehen ist. Mit den Grenzen des Sozialen werden auch die des Politischen ungewiss und daher umkämpft. So bestimmt Jacques Rancière, in dessen Denken *Susanne Krasmann* einführt, die Politik als Streit über »die Verfassung eines spezifischen Erfahrungsraums, in dem bestimmte Objekte als gemeinsam gesetzt sind und bestimmte Subjekte als fähig angesehen werden, diese Objekte zu bestimmen und über sie zu argumentieren« (Rancière 2008: 13). Politisch sind jene Konflikte, in denen die Unterscheidung zwischen vernunftbegabten Diskursteilnehmern und jenen, deren Äußerungen man als bloßes Geschrei, als Lärm ignoriert, durchkreuzt wird, weil diejenigen, denen keine Stimme zugestanden wurde, dies nicht länger hinnehmen: »Die politische Aktivität konfiguriert die Aufteilung des Sinnlichen neu. Sie bringt neue Objekte und Subjekte auf die Bühne des Gemeinsamen« (ebd.: 14).

In ganz anderer Weise plädiert auch Bruno Latour, wie *Thomas Lemke* in kritischer Auseinandersetzung mit dessen Entwurf einer »politischen Ökologie« ausführt, für ein erweitertes Verständnis des politischen Raums. Die Einbeziehung nichtmenschlicher Akteure – Pflanzen, Tiere, anorganische Natur und Artefakte –, die Latour ins politische Kollektiv einbürgern und denen er ein gleichberechtigtes Stimmrecht im »Parlament der Dinge« (Latour 2001) einräumen will, soll die Anthropozentrik traditioneller Politik überwinden. Sein Versuch, das Verhältnis von Natur und Gesellschaft symmetrisch zu fassen, scheitert jedoch nicht zuletzt daran, dass die Dinge nicht für sich selbst sprechen können und Latour deshalb die Artikulation ihrer Interessen ganz asymmetrisch an menschliche Experten delegieren muss.

Ein räumliches Verständnis des Politischen liegt schließlich auch Michael Hardts und Antonio Negris Diagnose zugrunde, wir lebten im Zeitalter des »Empire«. Für dieses »kommunistische Manifest des 21. Jahrhunderts« (Žižek) bricht *Ulrich Brieler*, den pathetischen Ton der beiden aufnehmend, mit Verve eine Lanze. Empire ist jener entgrenzte Raum des globalisierten Kapitalismus, der weder ein Zentrum noch ein Außen kennt, und folglich nicht nur die Netzwerke der Ausbeutung und Unterdrückung weltweit aufspannt, sondern, so Hardts und Negris dialektische Volte, auch jeden lokalen Widerstand zum potentiellen Nukleus einer globalen Souveränität von unten macht.

Entfaltet sich die topologische Dimension des Politischen in der Opposition von instituierender Kraft und instituierter Form, Deterritorialisierung und Reterritorialisierung, Dislokation und Fest-Stellung und dem Streit um die Grenzen des politischen Raums, so thematisieren die auf den Handlungs- und Kommunikationsmodus abstellenden Positionen das Politische als Unterbrechung, Ereignis und Dissens. *Martin Saar* zeigt in seinem Beitrag über Maurice Blanchot, wie der Schriftsteller und Literaturtheoretiker in seinen Artikeln zum Algerienkrieg und zum Mai 68 ein interventionistisches Verständnis politischen Handelns (und des Schreibens als politisches Handeln) vorführt. Für Blanchot ist das Politische gleichermaßen reaktiv wie situativ. Es antwortet auf unabweisbare Forderungen des Augenblicks mit Figuren des Bruchs und der Verweigerung. Blanchots Artikel und Erklärungen, die seine individuelle Stimme in einem anonymen »Kommunismus des Schreibens« aufgehen lassen, sind Kommunikationsstörungen mit den Mitteln der Kommunikation: Gesten der Zerstreuung und Verflüchtigung, die eine Gemeinschaft adressieren und sich zugleich jeder Gemeinschaftlichkeit entziehen. Die politische Praxis, die diese Texte im Visier haben, ist eine der »Verunordnung«; sie verrückt, verwirrt und destabilisiert die bestehende Ordnung, ohne sie durch eine neue zu ersetzen.

Wenn Alain Badiou, den *Gernot Kamecke* im vorliegenden Band porträtiert, das Ereignishafte des Politischen herausstellt, so liegt ihm nichts ferner als ein Rekurs auf die zeitgenössische Eventkultur, welche die Politik im Dauerspektakel zum Verschwinden bringt. Politisch sind für Badiou vielmehr jene seltenen Momente, in denen sich Wahrheit ereignet, weil Menschen handelnd ihre Souveränität als Subjekte behaupten und das Ideal einer freien Gemeinschaft von Gleichberechtigten erkämpfen. Im Begriff des Ereignisses liegt allerdings auch etwas, das der Intentionalität des Handelns entzogen ist: der Kairos, der sich nicht herbeiplanen, sondern bestenfalls ergreifen lässt, wenn er da ist. In der Bestimmung der Möglichkeitsbedingungen solcher Wahrheitsereignisse berühren sich politische Praxis und das Denken des Politischen. Aufgabe politischer Philosophie ist es, das Ereignis erinnernd zu vergegenwärtigen, seine Wahrheit zu prüfen und ihm so die Treue zu halten. Der spezifische Wahrheitswert politischer Ereignisse liegt in ihrem Bezug auf Universalität: »Politisch ist nur ein Denken, welches das Denken aller ist«, resümiert *Kamecke* Badiou's Überlegungen: »Ein politisches Denken ist nur dann wahr, wenn seine Wahrheit immer für alle auf die gleiche Weise gültig ist.«

Man mag eine verborgene oder (so bei Chantal Mouffe) auch explizite Verbindungslinie von den hier vorgestellten Positionen zu Carl Schmitts antagonistischem Begriff des Politischen erkennen. Unübersehbar ist jedenfalls das Abrücken von liberalen, kommunitaristischen oder deliberativen Politikkonzepten, deren Fluchtpunkt ein – immer schon voraussetzender und/oder erst diskursiv zu ermittelnder – Konsens bildet. Insbesondere die »Postmarxisten« Lefort, Laclau und Mouffe, Balibar, Rancière, Badiou sowie Hardt und Negri betonen demgegenüber die konstitutive Spaltung des Sozialen und bestimmen als genuin politischen Modus des Handelns die Artikulation des Dissenses. Während Schmitt jedoch die Unterscheidung von Freund und Feind fundamentalisiert – sein Feind »ist eben der andere, der Fremde, und es genügt zu seinem Wesen, daß er in einem besonders intensiven Sinne existentiell etwas anderes und Fremdes ist« (Schmitt 1963: 27), woraus ein ebenso geschlossener Gemeinschaftsbegriff folgt – versuchen die genannten Autoren, die Konfliktivität jeder gesellschaftlichen Ordnung zugleich anzuerkennen und zu deessentialisieren. Der in Schmitts Definition immer schon geheiligten Gewalt politischer Exklusion und Inklusion setzen sie nicht das Ideal universeller Versöhnung entgegen. Darin läge ein Verleugnen, das die Antagonismen nur umso destruktiver wiederkehren lassen müsste. Vielmehr postulieren sie eine Institutionalisierung des Streits oder identifizieren das Politische gerade mit dem Einspruch gegen die Grenzregime absolut gesetzter Freund-Feind-Bestimmungen.



Ob eine Hegung der antagonistischen Gegensätze zu einer »agonistischen Konfrontation«, wie sie Mouffe (2007: 42ff.) vorschlägt, gelingen und ob sie den post-politischen Status quo liberaler Demokratien repolitisieren kann, das steht dahin. Ebenso offen ist Rancières Frage, ob sich überhaupt noch ein radikaler Dissens artikulieren kann, wenn die mittels wuchernder Verrechtlichung, verallgemeinerter Expertise und ständiger Umfragen perfektionierte Konsensfabrikation jegliche Störungen dadurch absorbiert, dass sie sie als kybernetische Rückkopplungen zur Systemoptimierung nutzt (vgl. Rancière 2002: 105ff.; Tiqqun 2007). Begreift man mit Rancière oder in seinen Spuren mit Slavoj Žižek das Politische nicht einfach als funktionierende Verwaltung der gesellschaftlichen Bedürfnisse im Rahmen der bestehenden Ordnung, sondern als Intervention, die »gerade den Rahmen verändert, der festlegt, wie die Dinge funktionieren« (Žižek 2001: 273), dann ist das Politische rar, wenn nicht unmöglich geworden.

Mit der Diagnose, wir lebten im Zeitalter der Post-Politik, ist die temporale Dimension des Politischen angesprochen. Dass sich die Politik als Artikulation gesellschaftlicher Konflikte in den Endlosschleifen medialer Simulacra verflüchtigt hat, ist die These Jean Baudrillards, dessen Gegenwartsdiagnostik *Robert Feustel* und *Hagen Schölzel* kritisch sichten. Baudrillard beklagt den Verlust des Realen aufgrund der Übermacht selbstreferentieller Zeichen, die auf nichts anderes verweisen als auf andere Zeichen. Wenn es nur noch von den medialen Inszenierungen abhängt, was und wie etwas als real wahrgenommen wird, und der Rest in den Schwarzen Löchern der Nicht-Repräsentation verschwindet, ist einerseits das »Ende der Geschichte« gekommen, während diese andererseits als »Geschichte ohne Ende«, als ihre unentwegte Simulation, fortwest. Das simulierte Politische provoziert, so eine glückliche Formulierung Baudrillards (1994: 41f.), den »Streik der Ereignisse«. Dass er die Frage, ob überhaupt noch etwas passieren kann, negativ beantwortet, ist vielleicht die beunruhigendste Botschaft dieses Propheten des postpolitischen Zeitalters.

Hält Baudrillard noch – im Gestus des Abschieds – einer Politik des Ereignisses und der Unterbrechung die Treue, wie sie auch die Schriften Badiou, Rancières und Blanchots durchzieht, so rückt Jacques Derrida einen anderen zeitlichen Aspekt in den Mittelpunkt: Das Politische realisiert sich, wie *Susanne Lüdemann* in Auseinandersetzung mit seinem Konzept der *démocratie à venir* herausarbeitet, als Aufschub, als Öffnung auf eine Zukunft, die notwendig undefiniert bleiben muss. Derridas Demokratie ist jedoch nicht nur eine, die kommen *kann* (und zugleich niemals gekommen sein wird), im Begriff der *démocratie à venir* steckt

vielmehr auch die Forderung, dass sie kommen *soll* (dass aber jeder Behauptung entschieden zu widersprechen ist, sie sei bereits da).

Es bleibt *Burkhard Liebsch* vorbehalten, mit dem Werk von Emmanuel Levinas (und Seitenblicken auf Derrida und Rancière) ein Denken vorzustellen, das gerade keine politische Ethik im herkömmlichen Sinn entwirft. Statt dessen formuliert es eine antipolitische Herausforderung der Politik bzw. des Politischen im Namen eines gleichermaßen unbedingten wie unverfügbaren Anspruchs des Anderen. Gegen die Reziprozitätsnormen wechselseitiger Anerkennung insistiert Levinas auf dem Vorrang der Alterität. Vom Angesicht des Gegenübers, selbst wenn dieser uns als Fremder oder Feind entgegentritt, geht das absolute Gebot »Du wirst keinen Mord begehen!« aus und begründet eine Verantwortung für den Anderen, die jeder Beweisbarkeit voraus liegt und nur bezeugt werden kann. Die Politik steht für Levinas unter dem Generalverdacht, diesen bindenden Anspruch des Anderen einem Allgemeinen unterzuordnen. Antipolitisch ist sein Denken nicht zuletzt in Reaktion auf die monströsen Verbrechen des 20. Jahrhunderts, deren Protagonisten sich anmaßen, jeden restlos der Politik oder dem Politischen zu unterstellen und über sein Leben zu verfügen. Levinas widersetzt sich einer Versöhnung von Politik und Ethik, doch er belässt es, wie *Liebsch* zeigt, nicht bei einer bloßen Verweigerungsgeste: Weil die Menschen sich immer schon mehreren Anderen gegenübersehen, müssen sie einen Ausgleich zwischen den jeweils unbedingten Verpflichtungen der jeweils singular Änderen suchen. Mit dem Anspruch des Dritten (und Vierten und Fünftens...) kommt das Problem der Gerechtigkeit ins Spiel. Würde die ethische Dyade zwischen Ego und Alter nicht aufgebrochen, erwiese sie sich selbst als gewaltsam, weil sie die nicht minder unbedingten Ansprüche der anderen Anderen missachtet. Levinas relativiert jedoch weder die Verantwortung gegenüber dem singular Änderen, noch den Anspruch auf eine Gerechtigkeit, die alle einschließt, ohne ihre Singularität zu nivellieren. Vielmehr platziert er sie als Problematisierungen des Politischen in der Sphäre des Politischen selbst. Seine Ethik ist eine Optik: Das Politische antipolitisch zu denken, heißt dann, es auf eine Weise zu denken, welche die Schrecken seiner Verabsolutierung ebenso wie die seiner Selbstabdankung in den Blick rückt.

Eine simple Zurückweisung der Politik als »schmutziges Geschäft« wäre demgegenüber so wohlfeil wie der Gemeinplatz von der Politikbedürftigkeit der Menschen, der immer schon ihrer Beherrschung zu anthropologischen Weihen verhelfen sollte. Das Spiegelspiel zwischen der Politik als Machtkampf, die man verachtet, und der Politik als »transzendente Sorge fürs Ganze«, die man heiligt (Fach 2008: 8), ist geradezu das organisierende Prinzip des öffentlichen Diskurses. Die Moralisie-

zung des Politischen mag polemogen sein, aber im permanenten Hin und Her zwischen Anklage und Rechtfertigung erweist sie sich ebenso als probates Mittel zu seiner normalisierenden Befriedung.

Einen ethischen Imperativ knüpfen viele der im vorliegenden Band vorgestellten Positionen an den Begriff der Demokratie. Sie ist geradezu der positiv aufgeladene »leere Signifikant« der hier versammelten Versuche, das Politische zu denken. Radikalisierend oder dekonstruierend heben sie unterschiedliche Merkmale hervor – die Souveränität des Sich-selbst-Regierens, die Anerkennung der Anderen und die Instituierung des Konflikts, eine Freiheit und Gleichheit jenseits der formalen des Vertrags, eine Brüderlichkeit jenseits des familialen Gemeinschaftsmodells – und wenden sie kritisch gegen die Politiken (und Politiksimulationen) der als demokratisch firmierenden Staaten. Aber trotz aller Öffnungs-, Dislokations- und Deterritorialisierungsbewegungen, trotz der Unerreichbarkeit eines unendlich aufgeschobenen *à venir* bleibt die Demokratie der unhinterfragte Fluchtpunkt des Denkens. Sie ist der Name, in dem sich die normative Dimension des Politischen bündelt, und zugleich so vage, dass sich alle darunter versammeln können. Dass auch die Herrschaft aller über alle Herrschaft ist, auch die Selbstregierung eine Regierung und auch das frei gewählte Gesetz ein Gesetz, das wird dann kaum mehr zu einem Problem. Vielleicht ist es unmöglich, auch noch auf diesen »leeren Signifikanten«, auf diese – letzte? – Orientierungsmarke zu verzichten, ohne die Dimension des Politischen ganz zu verabschieden und einem romantischen Anarchismus das Wort zu reden. Die Idee einer »freien Assoziation«, welche die Anarchisten auf ihre schwarzen Fahnen schrieben (und Marx und Engels ins »Kommunistische Manifest«), wäre für eine radikale Befragung des Politischen allerdings durchaus fruchtbar zu machen. Zu dekonstruieren wäre freilich auch sie. Manches spricht dafür, dass die hier zusammengetragenen Versuche, das Politische zu denken, genau diese Idee umkreisen, ohne sie beim Namen zu nennen.

Der vorliegende Band ist hervorgegangen aus einer Vorlesungsreihe, die 2007 und 2008 am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig stattgefunden hat. Die Herausgeber danken den Referentinnen und Referenten für ihre Bereitschaft, ihre Vorträge für die Veröffentlichung zur Verfügung zu stellen und zu überarbeiten. Julia Eckert, Jonas Helbig, Dirk Manske, Kristina Patzelt, Michael Schüßler und Ulrike Wagner haben bei der Erstellung des druckfertigen Manuskripts geholfen. Ihnen allen sei ebenfalls herzlich gedankt.

## Literatur

- Arendt, Hannah (1981): *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München.
- Arendt, Hannah (2003): *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*, hg. v. Ursula Ludz, München.
- Baudrillard, Jean (1994): *Die Illusion des Endes oder der Streik der Ereignisse*, Berlin.
- Benjamin, Walter (1939/1977): »Über den Begriff der Geschichte«. In: Ders.: *Illuminationen*, Frankfurt a.M., S. 251-261.
- Castoriadis, Cornelius (1990): *Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie*, Frankfurt a.M.
- Fach, Wolfgang (2008): *Das Verschwinden der Politik*, Frankfurt a.M.
- Göbel, Andreas (1999): »Paradigmatische Erschöpfung. Wissenssoziologische Bemerkungen zum Fall Carl Schmitts«. In: Ders./Dirk van Laak/Elisabeth Villinger (Hg.): *Metamorphosen des Politischen. Grundfragen politischer Einheitsbildung seit den 20er Jahren*, Berlin, S. 267-286.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1821/1970): *Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*, Werke, Bd. 7, Frankfurt a.M.
- Latour, Bruno (2001): *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*, Frankfurt a.M.
- Luhmann, Niklas (2000): *Die Politik der Gesellschaft*, hg. v. André Kieserling, Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a.M.
- Nassehi, Armin (2003): »Der Begriff des Politischen und die doppelte Normativität der ›soziologischen‹ Moderne«. In: Ders./Markus Schroer (Hg.): *Der Begriff des Politischen. Soziale Welt. Sonderband 14*, Baden-Baden, S. 133-169.
- Rancière, Jacques (2002): *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt a.M.
- Rancière, Jacques (2008): *Politik der Literatur*, Wien.
- Schmitt, Carl (1963): *Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien*, Berlin.
- Sternberger, Dolf (1980): »Begriff des Politischen. Mit drei Glossen«. In: Ders.: *Staatsfreundschaft. Schriften*, Bd. 4, Frankfurt a.M., S. 293-320.
- Tiqun (2007): *Kybernetik und Revolte*, Berlin.
- Weber, Max (1919/1988): »Politik als Beruf.« In: Ders.: *Gesammelte Politische Schriften*, Tübingen, 5. Aufl., S. 505-560.
- Žižek, Slavoj (2001): *Die Tücke des Subjekts*, Frankfurt a.M.